

Wahlen in Indien

von Dirk Geilen

Die Indische Union befindet sich inmitten der Wahlen zur zwölften 'Lok Sabha'. Es sind dies die zweiten Parlamentswahlen innerhalb von nur knapp zwei Jahren. Sie wurden unvermeidbar, nachdem die 'Congress'-Partei der Minderheitenregierung der 'United Front' die Unterstützung entzog. Die Aussicht, daß sich an der gegenwärtigen Pattsituation entscheidendes ändern wird, stehen indes schlecht.



Die 'Lok Sabha'-Wahlen werden in vier Etappen zwischen 16. Februar und 7. März stattfinden. Parallel dazu finden Wahlen zu den Landesparlamenten in den nordöstlichen Bundesstaaten Meghalaya, Tripura und Nagaland bzw. den nordwestlichen Bundesstaaten Himachal Pradesh und Gujarat statt. In weiteren elf Bundesländern werden Nachwahlen abgehalten, um 21 vakante Landtagsmandate zu besetzen. Ursprünglich sollte - anders als beim Urngang 1996 - die Auszählung der Stimmen erst nach dem Wahlgang in Jammu und Kashmir am 7. März beginnen. Jedoch zeigten sich nicht alle Parteipolitiker mit der von der 'Election Commission of India' (ECI) um ihren Vorsitzenden M.S. Gill festgelegten Terminierung einverstanden. Befürchteten erstere, daß es aufgrund einer in die Länge gezogenen Wahlphase von 20 Tagen zu Manipulationen, z.B. an den Wahlurnen kommen könnte, argumentierte letzterer, daß ein Aufsplitten aus organisatorischen und sicherheitspolitischen Erwägungen unabdingbar sei. Schließlich hat die Wahlkommission ihre Entscheidung überdacht, so daß bereits am 3. März vor den Wahlen in Jammu und Kashmir mit ersten Ergebnissen gerechnet werden kann.

Über 600 Millionen Inder werden zu den Wahlurnen gerufen - zwei Prozent mehr als bei den 'Lok Sabha'-Wahlen 1996. 4,5 Millionen Wahlhelfer und 900.000 Wahllokale werden benötigt. Die Kosten für die größten jemals abgehaltenen demokratischen Wahlen werden auf umgerechnet 400 Millionen DM beziffert - alleine 1,8 Millionen Fäßchen nicht abwaschbarer Tinte wurden geordert, um die Finger derjenigen zu markieren, die bereits gewählt haben und damit eine mehrmalige Stimmabgabe zu verhindern.

Politisches Patt

An den politischen Machtverhältnissen seit den Wahlen 1996 hat sich nichts wesentliches verändert: Auf der einen Seite stehen die sich zu säkularen Zielen bekennenden Kräfte des 'Congress' bzw. der 'United Front', auf der anderen Seite die hindu-nationalen Parteien um die 'Bharatiya Janata Party' (BJP). Der Wille, die Machtübernahme der BJP zu verhindern, vereint die Mitte-Links-Kräfte. Die BJP ihrerseits vermochte selbst nach dem großen Wahlerfolg

1996, in der sie als stärkste parlamentarische Partei reüssierte, keine weiteren Alliierten aus dem säkularen Block herauszubringen: Sie blieb die "Unberührbare" des Parteiensystems.

Schenkt man den gebetsmühlenhaft sich wiederholenden Reden der säkularen Parteiführer Glauben, ziehen weder 'Congress' noch 'United Front' eine Kooperation, geschweige denn Koalition mit der BJP in Erwägung. Ihre erste Reaktion zu Beginn des kurzen Wahlkampfes war demzufolge auch, den unaufhaltsam scheinenden Siegeszug der BJP seit den 80er Jahren zu stoppen und eine längere Regierungszeit als die 13-tägige des BJP-Premiers A.B. Vajpayee im Mai 1996 mit allen Mitteln zu verhindern. Den Worten folgten jedoch keine Taten. 'Congress' und 'United Front' blieben in der Folge mit sich selbst beschäftigt - eine konzertierte Aktion in Form der in Indien üblichen Wahlkreisabsprachen, um die vorhan-

denen personellen sowie finanziellen Ressourcen zu bündeln, scheiterte zudem an den zwischen den säkularen Parteien existierenden Spannungen.

Währenddessen begann die Anti-BJP-Front zu bröckeln: Regionale Politiker und bis dahin der BJP ablehnend gegenüberstehende Parteien begannen das Lager zu wechseln.

Das 'Congress'-Orakel von Delhi

Von Parteiübertritten zum politischen Gegner BJP blieb auch der 'Congress' nicht verschont. Dabei schien sich die Partei einiges versprochen zu haben, als sie im November den "Jain-Untersuchungsbericht" instrumentalisierte und ohne Not eine Regierungskrise entfachte. Der Bericht der Ein-Mann-Kommission weist Politikern aus der 'United Front' Versäumnisse und eine Mitschuld beim Attentat auf Rajiv Gandhi 1991 zu. Nachdem die wohl ur-

sprünglich verfolgte Strategie scheiterte, die aus dreizehn Parteien bestehende Regierungskoalition zu spalten und selbst den Premierminister zu stellen, findet sich die Partei jetzt in einem ungewollten Wahlkampf wieder.

Gerade als die Wahlkampfmaschine durch den Austritt einiger regionaler Parteiführer vollends aus dem Ruder zu laufen schien, beschloß Sonia Gandhi - die italienische Witwe Rajiv Gandhis - sich "aktiv" in die 'Congress'-Politik einzuschalten. Der unter Druck geratene Parteipräsident Sitaram Kesri ergriff mehr als dankbar den sich ihm bietenden Strohalm. Erweist es sich dennoch als eine Fehlperzeption, erneut einen Wahlsieg unter dem Banner der Gandhi-Dynastie einfahren zu können?

Die Parteimitglieder der 113-jährigen 'Congress'-Partei jedenfalls atmeten auf. Geradezu euphorisch wurden sogleich Stimmen laut, Sonia Gandhi zur Premierminister-Kandidatin und zur Vorsitzenden zu küren. Sie hatte sich viele Jahre bitten lassen, doch ihr Entschluß direkt in die Politik einzugreifen bezog sich zur Enttäuschung vieler Parteimitglieder ausschließlich auf Wahlkampf-Aktivitäten - einen Wahlkreis hat sie nicht und ein parteipolitisches Amt wird sie aller Voraussicht nach nicht bekleiden. Realistischer hingegen erscheint, daß Sonia Gandhi ihr divahaftes und dabei sogleich öffentlichkeitsscheues Image beibehalten wird. Eine Audienz in Janpath 10, der Adresse der Gandhis in Delhi, wird für jeden ambitionierten Parteipolitiker jedoch weiterhin unabdingbarer Schlüssel seiner 'Congress'-Karriere sein.

Die Wahlkampfstrategen jedenfalls wurden nicht müde, Parallelen zwischen Indira Gandhi und ihrer Schwiegertochter zu ziehen. Letztere betonte denn auch, daß nur der 'Congress' in der Lage gewesen sei, Indien in den 50 Jahren der Unabhängigkeit Stabilität zu verleihen. Emotional beschwor sie, die Visionen ihres Mannes Rajiv lebendig zu halten. Überraschenderweise griff sie seine mutmaßliche Verwicklung in den "Bofors-Skandal" auf und richtete konkrete Vorwürfe gegen die Regierung, daß diese ihn entlastendes Material zurückhalte.

'United Front'

Auch wenn die Tage der jetzigen Regierung unter I.K. Gujral gezählt sind, kann sich die 'United Front' zugute halten, in der seit November letzten Jahres andauernden politischen Krisensituation Standfestigkeit bewiesen zu haben. Auf der einen Seite wies man die Erpressungsversuche anders noch als im Frühjahr zurück, als man Dewe Gowda auf Geheiß des 'Congress' ablöste. Wäre



BJP-Führer Vajpayee auf einer Wahlkundgebung in Maharashtra
(Fotos: 'Frontline')

man der nach der Veröffentlichung des "Jain-Untersuchungsberichts" erhobenen Forderung nachgekommen, die südindische 'Dravida Munnetra Kazhagam' (DMK) aus der 'United Front'-Regierungskoalition auszuschließen, wäre ein Weiterregieren mit parlamentarischer Unterstützung des 'Congress' durchaus möglich gewesen. Auf der anderen Seite scherte keine der 13 Parteien aus dem Bündnis aus.

Illusionen macht sich in der 'United Front' hingegen niemand. Das erklärte Wahlkampfziel aller Parteien - die Bildung einer "stabilen Regierung" - wird für die 'United Front' ohne Hilfe anderer Parteien, selbst bei einem für sie positivem Wahlverlauf, unerreicht bleiben.

'Jan Morcha'

Zudem mußte die regierende 'United Front' tatenlos mitansehen, wie einer ihrer ehemals schillerndsten Parteiführer, Lalo Prasad Yadav, eine neue, zweite säkulare Wahlfront schmiedete - die 'Jan Morcha'. Dem früheren Ministerpräsidenten von Bihar und Präsident der aus der 'Janata Dal' hervorgegangenen 'Rashtriya Janata Dal' (RJD) gelang es, mit Hilfe des 'Bahujan Samaj Party' (BSP)-Präsidenten Kanshi Ram eine sieben Parteien umfassende Allianz zu gründen, welche primär in den beiden bevölkerungsreichsten Bundesländern, Uttar Pradesh und Bihar, mit einiger Aussicht auf Erfolg in den 131 Wahlkreisen antreten wird. Ein weiterer gewichtiger Partner der 'Jan Morcha' ist die 'Rashtriya Janata Party' (RJP) in Gujarat, welche mit Sankarsingh Waghela bis zu den parallel abgehaltenen Landtagswahlen den Ministerpräsidenten stellt.

Nachdem Wahlkreisabsprachen mit der 'Congress'-Partei in verschiedenen Bundesstaaten realisiert wurden, scheint die Rechnung Laloos aufzugehen: Seine einstigen Weggefährten aus der 'Janata Dal' zu schwächen und bei später möglichen Koalitionsverhandlungen zum Zünglein an der Waage zu werden.

Der erst jüngst wegen Korruptionsverdachts aus der Untersuchungshaft Entlassene wird außerdem versuchen, daß Votum der Wähler zu seinen Gunsten zu interpretieren. Schon mehrmals hat Lalo verlauten lassen, daß er das "Urteil des Volkes" dem eines Gerichtes vorziehen werde. Udemokratische Äußerungen wie diese oder undemokratisches Verhalten wie die Inthronisierung seiner bis dato politisch völlig unerfahrenen Frau Rabri Devi zur Ministerpräsidentin von Bihar charakterisieren den Machtmenschen Lalo.

Opportunismus hingegen ist auch anderen Politikern nicht fremd. So wäre für Kanshi Ram das Gebot der Stunde,

mit Mulayam Singh Yadavs 'Samajwadi Party' zu kooperieren. Nur so könnte durch die Parteien der "Kastenlosen" bzw. "Unterkastigen" der Wahlerfolg der BJP in Uttar Pradesh verhindert werden. Stattdessen optiert Kanshi Ram für die 'Jan Morcha', während Mulayam Singh Yadavs Partei Mitglied der 'United Front' ist - anstelle eines Bündels der gegen die BJP gerichteten Kräfte, splintern diese immer weiter auf.

BJP und Alliierte

Aus dem BJP-Lager hingegen waren keine nennenswerten Abgänge zu vermelden. Der Optimismus, daß die Zeit für die Regierungsübernahme in Delhi nun endgültig reif sei, schweißte das Bündnis aus BJP und den im Norden verankerten Regionalparteien zusammen. Nach wie vor spielt die hindunationale BJP im dravidisch geprägten Kulturraum eine nur untergeordnete Rolle. In den südlichen Bundesstaaten suchte die BJP daher händeringend nach Alliierten. Bei ihrer Suche nach potenten Koalitionspartnern schreckte die BJP, die sich gern des "Saubermann-Images" bedient, nicht davor zurück, zum Beispiel in Tamil Nadu mit der äußerst korrupten, aber immer noch populären Vorsitzenden der 'All India Anna Dravida Munnetra Kazhagam' (AIADMK), Jayalalitha, gemeinsame Sache zu machen. Machtpolitisch gesehen möglicherweise ein geschickter Schachzug, geriet doch die in Tamil Nadu regierende 'Dravida Munnetra Kazhagam' (DMK) durch den bereits erwähnten "Jain-Bericht" unter Druck.

In Karnataka gelang es der BJP, mit der 'Lok Shakti' einen weiteren potentiellen Koalitionspartner zu gewinnen. Die Partei des ehemaligen 'Janata Dal'-Politikers Ramakrishna Hedge tritt in Absprache mit der BJP - mit einiger Aussicht auf Erfolg - in zwölf von 28 Wahlkreisen des südindischen Bundesstaates an.

Die Zusammenarbeit mit der 'Telugu Desam NTR' - einer Abspaltung der in Andhra Pradesh regierenden 'Telugu Desam' schien bereits gescheitert. Eine Einigung mit Lakshmi Parvati, der Witwe des 'Telugu Desam'-Patriarchen N.T. Rama Rao, konnte letztendlich jedoch kurz vor Meldeschluß der Wahlkreiskandidaten erzielt werden.

Wie im Fall der 'Lok Shakti' und der 'Telugu Desam NTR', umwarb die BJP auch im Norden des Landes ganz gezielt Splittergruppen der 'United Front' und des 'Congress'. Somit gesellten sich zu dem bereits zum BJP-Block gehörenden Parteien - 'Akali Dal', 'Shiv Sena', 'Samata Party' und 'Haryana Vikas Party' - weitere hinzu: u.a. in Orissa die 'Biju Janata Dal' und in West-Ben-

galen der 'Trinamul Congress'. Ein Prestigegewinn konnte vor allem in Maharashtra verbucht werden, wo sich der Enkel des Dalit-Führers B.R. Ambedkar, Ashok Ambedkar, mit einigen Politikern der 'Republican Party of India' (RPI) dem BJP-Bündnis anschloß.

In Maharashtra - bereits jetzt fest in der Hand der Hindu-Nationalisten - könnte der Erfolg somit komplettiert werden. Bal Thackeray jedenfalls, Präsident der in Mumbai (Bombay) regierenden 'Shiv Sena' verhält sich siegessicher und moderat. Der in der BJP-Allianz radikalste Vertreter der Hindutva-Ideologie bescheinigt den Muslimen - aufgrund eines sich "gebesserten Verhaltens" - gute Noten. Im Gegenzug verkündet er vollmundig die Errichtung eines nationalen Denkmals in Ayodhya - an der Stelle, an der auch mit Hilfe seiner "Parteisoldaten" 1992 die Babri-Moschee geschleift wurde.

Generell schält sich im Vorfeld der Wahlen eine geänderte BJP-Strategie heraus. Zum ersten Mal geht die BJP dazu über, ihren Verbündeten Wahlkreise anzubieten und ihnen dabei die volle Unterstützung der 'Sangh Parivar'-Organisationen zuzusagen. Gerade das dichtgespannte Netz der hindu-radikalen 'Rashtriya Swayamsevak Sangh' (RSS) und der 'Vishwa Hindu Parishad' (VHP) und ihrer zahlreichen Anhänger war in den vorangegangenen Wahlen ein Garant des BJP-Erfolgs.

Nicht nur die geringere Wählerresonanz im Süden des Subkontinents bedeutete eine Schwachstelle der BJP, sondern auch ihr bisheriges Abschneiden bei den weiblichen Wählern. Um ihre Gunst wird im Wahlkampf zwischen allen Parteien heftig geworben. Die Wahlkampfversprechen der BJP gehen dahin, für den Fall ihrer Regierungsübernahme eine 33 prozentige Mandatsreservierung für Frauen sowohl im Bundesparlament als auch in den Landesparlamenten in Aussicht zu stellen. Außerdem soll die Bildungssituation verbessert werden, indem eine kostenfreie Elementar- und Sekundarbildung bis zum Schulabschluß versprochen wird.

Die Wahlagenda der BJP wird in den nächsten Tagen erwartet. Sie wird über die Stellung der Partei gegenüber sensiblen Themen wie der Frage wirtschaftlicher Kurskorrekturen oder der Einführung eines einheitlichen Familienrechts Aufschluß geben.

Ausblick

In der Vergangenheit wurde von der BJP zur Charakterisierung der 'United Front' gerne das Bild des "13-köpfigen Ungeheuers" als Zeichen ihrer Instabilität bemüht. Die Anzahl der potentiellen BJP-Koalitionspartner läge jedoch noch

darüber. Im Falle einer Regierungsübernahme in Delhi wird das komplexer gewordene Geflecht aus Koalitionspartnern Konsequenzen zeitigen: Insbesondere die Kooperation zwischen den südindischen Regionalparteien und hindu-radikalen Kräften wie der in Maharashtra regierenden 'Shiv Sena' kann nicht frei von Spannungen bleiben.

So gerät Hedge als Parteiführer der 'Lok Shakti' bereits jetzt unter Druck: Quer durch seine Partei mehren sich Stimmen, die sich gegen die von ihm quasi im Alleingang ausgehandelte Allianz stellen. Politische Inhalte spielen wie im Falle der AIADMK Tamil Nadus oftmals eine nur marginal ausgeprägte Rolle - opportunistisch-politisches Kalkül steht im Mittelpunkt.

Dennoch muß gefragt werden, ob die Rechnung einzelner charismatischer

Führungspersönlichkeiten aufgeht. Auch wenn zur Zeit einiges dafür spricht, bleibt der Wahlausgang offen. Die drei gegen die BJP gerichteten Wahlbündnisse - 'United Front', 'Jan Morcha' und 'Congress' - dürfen nicht unterschätzt werden.

Erlitt der 'Congress' bei den letzten Wahlen nicht zuletzt aufgrund des Mehrheitswahlrechts einschneidende Mandatsverluste im indischen Unterhaus, entschieden sich bundesweit weiterhin 29 Prozent der Wähler für die Indien seit der Unabhängigkeit dominierende nationale Partei - Effekt einer nach wie vor über das ganze Land reichenden Organisationsstruktur. Der noch nicht absehbare Mobilisierungseffekt durch die Wahlkampfaktivitäten Sonia Gandhis bleibt beim Versuch einer Prognose des Wahlausgangs ein weiterer Unsicher-

heitsfaktor.

Auch können die in den Bündnissen 'Jan Morcha' und 'United Front' zusammengefaßten Parteien mit starken regionalen Machtbasen auf viele sichere Wahlkreise bauen. Eine Zusammenarbeit zwischen den letztgenannten oder eine Zusammenarbeit mit der 'Congress'-Partei kann bei allen existierenden politischen Differenzen und persönlichen Animositäten letztendlich nicht ausgeschlossen werden.

Unter den verschiedenen sich bietenden Szenarien befindet sich eine weitere, wengleich nicht weniger realistische: Ändert das Votum der Wähler nichts an den existierenden Mehrheitsverhältnissen, bleibt eine erneute politische Patt-situation die Folge. Ob die zwölfte 'Lok Sabha' damit aber über die volle Legislaturperiode gehen kann, bleibt fraglich.

Bundesstaaten Indiens:

ASSAM

von Rainer Hörig

Mit dieser Ausgabe setzen wir die Serie von Portraits der Bundesstaaten Indiens fort. Sie beabsichtigen, ihren Teil dazu beizutragen, dem auffallenden Mangel an deutschsprachigen Informationen über die ethnisch, sprachlich, kulturell, politisch und ökonomisch sehr differenzierten indischen Regionen und Bundesstaaten zu begegnen. Indien wird hierzulande zumeist - in hartnäckiger Ignorierung seiner Vielfalt -, als monolithischer Einheitsstaat dargestellt. Bereits erschienen sind die Länderportraits Andhra Pradesh, Tamil Nadu und Kerala in den Ausgaben 2/97, 3/97 und 6/97 von 'Südasiens'.

Um neun Uhr startet der Nachtbus von Guwahati, der Hauptstadt Assams, Richtung Westen nach Dhubri, einer Provinzstadt nahe der Grenze zu Bangladesch. In dieser Nacht schließen die Fahrgäste nur selten die Augen. Manche denken an die Bombe, die vor wenigen Wochen hier, mitten im Gebiet der rebellischen Bodos, einen Reisebus zerfetzte. Immer wieder wird die Fahrt durch Straßensperren unterbrochen. Junge Soldaten, die Maschinenpistolen im Anschlag, umzingeln den Bus, andere

suchen ihn mit Scheinwerfern ab. Dann heißt es: alles aussteigen, Gepäck mitbringen! Der Offizier verliert nicht viele Worte, denn die Durchsuchung ist ein einstudiertes Ritual. Passagiere in einer Reihe aufstellen, Jacken öffnen, Hosentaschen leeren! Ein Teenager in Uniform inspiziert das Handgepäck. Einsteigen, weiter geht's bis zur nächsten Barrikade.

Ausnahmezustand. Mehr als zwanzig Guerillagruppen operieren in Assam und den sechs Schwesterstaaten im

Nordosten. Der dichte Dschungel und die nahen Grenzen zu Burma, Bhutan und Bangladesch begünstigen ihren Kampf. Neu Delhi setzt mehr als 200.000 Soldaten und Paramilitärs gegen die zusammengenommen nur wenige tausend Mann starke Guerilla ein. Im sogenannten 'Vereinigten Befehlsstab', der alle Polizisten, Paramilitärs und Soldaten in Assam kommandiert, führt die Armee, nicht die Landesregierung das Wort. Das Notstandsgesetz 'Armed

